

## **Initiativantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten  
betreffend  
regionale Entwicklungsstrategien für den ländlichen Raum**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

### **Der Oö. Landtag möge beschließen:**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Strukturanalyse jener Regionen in Oberösterreich vorzunehmen, die besonders von Landflucht betroffen sind, und darauf aufbauend regionale Strategien zu entwickeln, um weitere Absiedelungen im ländlichen Raum hinten zu halten. Der Schwerpunkt dieser Konzepte sollte dabei auf

- dem Ausbau der sozialen Infrastruktur,
- dem gezielten Ausbau von Betriebsansiedelungsaktivitäten,
- besseren Bildungsmöglichkeiten und
- der Nutzung von europäischen Fördergeldern liegen.

### **Begründung**

Laut einer kürzlich von Landeshauptmann Dr. Pühringer präsentierten Bevölkerungsstatistik haben 199 oberösterreichische Gemeinden seit dem Jahr 2007 EinwohnerInnen durch Abwanderung verloren. Zwischen 2001 und 2007 waren es noch 154 Gemeinden. Vor allem das nördliche Mühlviertel, das innere Salzkammergut und die Region Pyhrn-Priel sind davon betroffen.

Landflucht kann nur dadurch bekämpft werden, dass Menschen in ihrer Region Arbeitsplätze und Infrastruktur vorfinden. Betriebe wiederum siedeln sich nur dann an, wenn die notwendige Standortinfrastruktur und gut ausgebildete MitarbeiterInnen vorhanden sind. Diese Rahmenbedingungen müssen von der öffentlichen Hand optimal gestaltet werden, um den Bevölkerungsschwund langfristig zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Es braucht daher ganzheitliche regionalpolitische Konzepte.

In vielen ländlichen Gebieten Oberösterreichs ist die notwendige soziale Infrastruktur für die Bevölkerung (Gesundheitsversorgung, Pflegedienstleistungen, umweltfreundliche Mobilität,...)

nicht ausreichend vorhanden. Vor allem bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – einem Schlüsselfaktor für junge Frauen – hat Oberösterreich noch starken Aufholbedarf. Beispielsweise belegt Oberösterreich im Bundesländervergleich bei der Betreuungsquote von Kleinkindern nur den vorletzten Platz; 21,4 Prozent der Gemeinden haben überhaupt kein Angebot für diese Altersgruppe. Wichtig ist neben dem Vorhandensein einer Krabbelstube aber auch ein mehr als acht Stunden geöffneter Kindergarten, Mittagessen im Kindergarten sowie das Vorhandensein einer Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder.

Damit sich Betriebe in einer Region ansiedeln und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen, braucht es neben Grundstücken auch gut ausgebildete MitarbeiterInnen, erstklassige Forschungs- und Innovationsaktivitäten sowie optimale Energie- und Verkehrsinfrastrukturen. Die Forschungsstrukturen des Landes müssen daher überdacht bzw. konstruktiv weiterentwickelt werden. Die Gemeinden müssen wieder finanziell so ausgestattet werden, um Investitionen in die Infrastruktur vornehmen zu können. Um geeignete Grundstücke anbieten zu können, ist ein erhöhter Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen für die Entwicklung und Vermarktung hochwertiger Unternehmensstandorte für Betriebserweiterungen, -ansiedlungen und -umsiedlungen notwendig. Diese sollen sowohl in den Zentren als auch in den ländlichen Regionen realisiert werden. Wichtig ist, regionale Clusterstrukturen zu fördern und damit Betriebsansiedlungen entlang der Wertschöpfungskette zu ermöglichen. Technologiezentren sind Innovationsknoten mit starker Beteiligung von regionalen Akteuren und haben regionalpolitisch eine wichtige Bedeutung. Um optimal ausgebildete MitarbeiterInnen zu bekommen, braucht es einen verstärkten Ausbau der Fachhochschulen, der HTLs und der Lehrstellen.

Derzeit werden die Programme für die nächste siebenjährige EU-Förderperiode erstellt. Dabei stehen Österreich ungefähr 5,2 Mrd. Euro an EU-Fördermitteln zur Verfügung. Von der österreichischen Kofinanzierung sind etwa 4 Mrd. Euro für das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) vorgesehen. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern, dass 25 Prozent davon für den Schwerpunkt „Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der Wirtschaftsentwicklung“ eingesetzt werden. Damit könnte die Gründung von Betrieben und Investitionen in die Schaffung oder Verbesserung örtlicher Basisdienstleistungen inklusive der dazugehörigen Infrastruktur gefördert werden. Auch auf Landesebene könnten in das Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ (EFRE) Investitionen in die Gesundheits- und soziale Infrastruktur, in die Belebung benachteiligter ländlicher Regionen sowie in die Förderung von Beschäftigung durch lokale Initiativen und Strukturen für Nachbarschaftshilfe prioritär behandelt werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese für die Entwicklung des ländlichen Raums und für das Leben der dort ansässigen Bevölkerung äußerst bedeutsamen Maßnahmen im Programm festzulegen und mit entsprechenden Mitteln auszustatten.

Linz, am 1. Oktober 2013

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Peutlberger-Naderer, Jahn, Affenzeller, Bauer, Weichsler-Hauer, Eidenberger, Pilsner, Krenn, Rippl, Schaller, Müllner, Makor, Promberger, Röper-Kelmayr**